

Sitzungsniederschrift

20. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur

Sitzungsort: IGS Aurich-West, Am Schulzentrum 14, 26605 Aurich, Gebäude 5, Raum 5.104 (Roter Klinkerbau)		
Sitzungsdatum: 13.10.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:45 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	
Mitglieder		
Behrens, Sven	CDU	
Dirks, Friederike	CDU	
Eilers-Kruel, Marion		Lehrervertreter allgemeinbildender Bereich Vertretung für Herrn Hans- Gerd de Beer
Harms, Erich	SPD	
Hohagen, Sabine		Vertreterin der Eltern
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Has- bach
Meyerhoff, Barbara	SPD	
Peters, Cornelius	SPD	
Pfanne, Heiko		Vertreter der Organisation der Ar- beitnehmerverbände
Sievers, Wolfgang	FDP	
Speckmann, Heinz		Vertreter der Organisation der Ar- beitgeberverbände
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Johann Bikker
Terfehr, Hans	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wolters, Hayo	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens

Grundmandat

Seelgen, Blanka DIE LINKE.

Beratende Mitglieder

Schoone, Detlev Vertreter des Kreissportbundes

Wilts, Maud Vertretung für Herrn Heiko Sterk

Verwaltung

Eiben, Talea Amtsleitung

Puchert, Dr. Frank Erster Kreisrat

Saathoff, Dirk-Christian

Nicht anwesend:

Mitglieder

Bikker, Johann FW

de Beer, Hans-Gerd Lehrervertreter allgemeinbildender Bereich

Hasbach, Bernd SPD

Mühlfried, Esther Schülervertreterin der berufsbildenden Schulen

Odens, Roelf CDU

Sterk, Heiko Lehrervertreter berufsbildender Bereich

Weekes, Sean Steven Schülervertreter der allgemeinbildenden Schulen

Beratende Mitglieder

Hedemann, Remmer Vertreter des Kreissportbundes

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.06.2015
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.07.2015
6. Einwohnerfragestunde
7. Einrichtung einer Fachschule Betriebswirtschaft an den Berufsbildenden Schulen 1 in Aurich zum Schuljahr 2016/17
Vorlage: VIII/2015/184



8. Erfahrungsbericht über die Sprachlernklassen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen
 9. Antrag des Fehnmuseums Eiland e.V. auf Förderung einer Kamera sowie einer zeitlich begrenzten Arbeitskraft
Vorlage: VIII/2015/185
 10. Antrag im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung: Kunst- Musik- Theaterprojekt der Kunstschule miraculum zum Thema Heimat
Vorlage: VIII/2015/207
 11. Vorstellung der Kunstschule Norden
 12. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 13. Einwohnerfragestunde
 14. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Saathoff eröffnete die Sitzung um 15:00 und begrüßte die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hohagen regte an, einen Sachstandsbericht der Verwaltung über die Umwandlung der Hermann-Tempel-Gesamtschule in eine IGS auf die Tagesordnung zu nehmen. **Vorsitzende Saathoff** schlug vor, diesen Punkt unter Verschiedenes, Wünsche, Anregungen zu behandeln. Dem wurde zugestimmt. Die Tagesordnung wurde so dann festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.06.2015

Die Niederschrift wurde bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.07.2015

Die Niederschrift wurde bei drei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.



TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 7 Einrichtung einer Fachschule Betriebswirtschaft an den Berufsbildenden Schulen 1 in Aurich zum Schuljahr 2016/17
Vorlage: VIII/2015/184

Frau Eiben erläuterte eingangs die Fachschule Betriebswirtschaft. Sowohl die sächlichen als auch die räumlichen Voraussetzungen seien gegeben. **Herr Menne**, BBS I, ergänzte, dass die Fachschule eine Weiterqualifizierung darstelle und in Abendform angeboten werde. Es bestünden bereits mehrere Anfragen von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern. Die Ausbildung endet mit Abschluss als staatlich geprüfter Betriebswirt. Durch die Ausbildung würde die Region gestärkt werden, da zurzeit diese Ausbildung an den Berufsschulen lediglich in Oldenburg oder in Osnabrück angeboten würde. **Abg. Meyerhoff** wollte wissen, für welchen Personenkreis dieses Angebot gelte. **Herr Menne** erklärte, dass sich dieses Angebot grundsätzlich an einen Personenkreis mit abgeschlossener Berufsausbildung und einjähriger Berufserfahrung richten solle. Es gebe allerdings auch Ausnahmen von dieser Regelung. Auf die Frage von **Abg. Jeromin-Oldewurtel**, ob noch kein vergleichbares Angebot hier bestünde, antwortete **Herr Menne**, dass es zwar kostenpflichtige private Angebote gebe, aber kein Angebot an einer Berufsschule.

Abg. Strömer erscheint um 15:10 Uhr als Vertreter von **Abg. Bikker**.

Auf die Frage von **Abg. Dirks** über die Kosten der Berufsfachschule für Arbeitnehmer, antwortete **Herr Menne**, dass lediglich Zertifizierungskosten anfielen. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** wollte u.a. wissen, ob eine Bedarfsanalyse durchgeführt worden sei. **Herr Menne** konnte dies bejahen. Einerseits wurden die Schülerinnen und Schüler befragt. Andererseits wurde in einem Arbeitskreis diese Thematik erörtert. Ziel sei es, auch externe Referenten zu gewinnen, um zeitgemäß und im Interesse der Wirtschaft zu unterrichten. Eine Anrechnung der Ausbildung könnte bei jeder Universität oder Fachhochschule erfolgen. Die Einrichtung einer solchen Fachschule würde die Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken und biete die Möglichkeit, dass aus der ganzen Region Fachkräfte ausgebildet werden könnten. **Abg. Harms** erklärte, dass diesem Angebot nur zugestimmt werden könne und **Abg. Wolters** ergänzte, dass dies ein gutes Angebot für Arbeitnehmer sei, da es in Abendform angeboten werde.

Anschließend ließ **Vorsitzende Saathoff** nach Vorlage abstimmen.

Der Einrichtung einer Fachschule Betriebswirtschaft an den Berufsbildenden Schulen 1 in Aurich zum Schuljahr 2016/17 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen:19 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 8 **Erfahrungsbericht über die Sprachlernklassen im Bereich der all-gemeinbildenden Schulen**

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtete, dass das Sprachproblem Faktor Nummer eins bei der Integration sei. Es bestehe bereits ein großes Engagement in vielen kreiseigenen Schulen, die unbürokratisch in das Thema eingestiegen seien, um die ersten Sprachlernklassen zu etablieren. Sprachlernklassen sollen im Landkreis Aurich ausgebaut werden, um ein verlässliches Netz zu entwickeln. Die Lambertischule und der IGS Aurich-West wurden daher eingeladen, einen Einblick in die Sprachlernklassen zu geben.

Herr Quest, Schulleiter der IGS Aurich-West, erklärte, dass fehlende Sprachkenntnisse Probleme auch für die Zukunft darstellen werden. Eine enge Verzahnung zwischen Land und Schule müsse erfolgen, um weitere Sprachlernklassen zu etablieren. **Frau Patron**, Lehrerin der Sprachlernklasse I, stellte das Thema anhand eines Beispiels vor (*Anmerkung: Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.*) **Abg. Jeromin-Oldewurtel** wollte wissen, ob eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern erfolgt und wie hoch die Arbeitsbelastung sei. **Frau Patron** erklärte, dass ein direkter Zugang zu den Eltern meistens nicht bestehe. Die ehrenamtlichen Helfer seien das Bindeglied. Die Arbeitsbelastung sei deutlich zu spüren. Wenn traumatisierte Kinder von ihren Erfahrungen berichten, berühre dies einen natürlich.

Abg. Terfehr empfand die Sprachlernklasse als ein beeindruckendes Konzept. Das Integrationskonzept ginge idealerweise hierbei noch weiter, so dass auch außerschulische Institutionen beteiligt werden. Dies konnte **Frau Patron** bestätigen. Auch die IGS Aurich-West besuche Sporttage, Schwimmbäder oder andere Institutionen und führe in einem kleinen Rahmen z.B. Verkaufsgespräche durch. Dabei müsse immer wieder Unterrichtsmaterial entworfen werden, da das vorhandene nicht ausreiche oder für andere Altersgruppen gedacht sei.

Frau Hohagen fragte, was mit Schülern nach den Sprachlernklassen passiere, wenn weitere Unterstützung notwendig sei. **Frau Patron** antwortete, dass es hierzu keine generelle Lösung gebe. Es sei noch ein langer Weg, bis Automatismen greifen würden. Zudem wollte **Frau Hohagen** wissen, aus welchem Einzugsbereich die Schüler der Sprachlernklasse der IGS Aurich-West stammen. **Frau Patron** führte aus, dass zunächst die Schüler aus dem gesamten Landkreis beschult wurden. Nunmehr werden lediglich Schüler aus dem Einzugsbereich der IGS Aurich-West beschult. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** ergänzte, dass daher flächendeckende Sprachlernklassen etabliert werden müssen, damit die Schüler schnellstmöglich an ihre alte Schule können, um eine schnelle Integration zu ermöglichen. **Frau Eiben** fügte hinzu, dass pensionierte Lehrer gefragt seien, um ggf. einen Mangel an Lehrkräften in Sprachlernklassen zu schließen. Das Land habe zunächst Sprachlernklassen jeweils zu Beginn des Schuljahres bewilligt. Nunmehr werden Sprachlernklassen auch im laufenden Schuljahr genehmigt.

Anschließend berichtete **Frau Britz** von der Lambertischule in Aurich über Sprachlernklassen an ihrer Grundschule. 23 Lehrerstunden stünden zur Verfügung. Zwei Lehrer befassen sich mit den Sprachlernklassen, wobei die Lehrer zurzeit noch über keine Zertifikate verfügen. Fortbildungen würden über das Regionale Pädagogische Zentrum angeboten werden. 16 Grundschüler werden in zwei Lerngruppen unterrichtet, dabei werde mit den Regelschulklassen zusammengearbeitet. Neben Geld und Material fehlen in der Lambertischule aber insbesondere auch Räume. Vor allem die Problematik der Räume findet **Frau Fecht-Lückemeyer** von der Lambertischule sehr be-



dauerlich, weil insofern eine Nestwärme fehle. Auf die Frage von **Frau Hohagen** über den Einzugsbereich, antwortete **Frau Britz**, dass lediglich Schüler aus dem Einzugsbereich in den Sprachlernklassen beschult werden.

Abg. Jeromin-Oldewurtel wollte wissen, ob auch Kinder ohne schulische Erfahrung beschult werden und wie sich die Zusammenarbeit mit den Eltern gestalten. **Frau Britz** konnte bestätigen, dass es durchaus Schüler gebe, die teilweise noch keinen Stift in der Hand gehalten haben. Die Zusammenarbeit mit den Eltern sei wie bei der IGS schwierig. Aber die Lambertischule habe glücklicherweise eine Lehrkraft, die arabisch spricht und daher eine Zusammenarbeit durchaus möglich sei. **Abg. Harms** gibt zu bedenken, dass weitere Flüchtlinge aufgenommen werden müssen. **Frau Fecht-Lückemeyer** erklärte, dass die Lambertischule nicht alle unterbringen könne, wenn die ehemalige Kaserne als Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet sei. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** appellierte an alle Eltern, Flüchtlingskinder nach Hause einzuladen, um eine schnelle Integration zu gewährleisten. **Vorsitzende Saathoff** bedankte sich zum Schluss bei den Referenten.

TOP 9 **Antrag des Fehnmuseums Eiland e.V. auf Förderung einer Kamera sowie einer zeitlich begrenzten Arbeitskraft**
Vorlage: VIII/2015/185

Vorsitzende Saathoff erklärte eingangs, dass die Richtlinie über die Kunst- und Kulturförderung besage, dass jeweilig im 1. Quartal über die Anträge entschieden werden solle. **Frau Eiben** führte hierzu aus, dass der Antrag nicht in die Richtlinie passe und sollte daher abgelehnt werden. Der Antragsteller sollte schnellstmöglich Rückmeldung erhalten, so dass er ggf. noch ein anderes Projekt planen könne. Eine Kamera könnte der Antragsteller auch über das Medienzentrum ausleihen und benutzen. **Abg. Terfehr** erklärte, dass es bisher keine Erfahrung mit dem Umgang der Anträge gebe. Er finde es richtig, dass die Anträge erst gebündelt im März entschieden werden, um ein Windhundverfahren zu vermeiden. Andererseits hält er es auch für sinnvoll, dass über die Anträge, die offensichtlich abgelehnt werden, bereits vorher im Schulausschuss abgestimmt werden. **Abg. Trauernicht** sieht lediglich eine Ablehnung des Antrages.

Abg. Trauernicht verlässt die Sitzung um 16:20 Uhr.

Abg. Strömer stellte sich die Frage, warum der März als Abgabefrist gewählt wurde. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass Haushaltsmittel für die Kunst- und Kulturförderung zur Verfügung stehen würden und ein Beschluss nur vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel gefasst werde. Ein Projekt könne durchaus auf eigenes Risiko durchgeführt werden. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** wünschte, dass die Kontaktdaten von Herrn Saathoff zur Beratung der Antragsteller in der Zeitung erfasst werden, um lediglich förderfähige Anträge zu erhalten. Dabei verwies sie auf die Sitzung vom 01.06.15, bei der die Verwaltung Hilfeleistung bei der Antragstellung zusicherte. Gleichzeitig bat sie darum, Tagesordnungspunkt 9 und 10 zurückzustellen, da der Einfluss der Haushaltskonsolidierung nicht absehbar sei. **Abg. Terfehr** erklärte, dass der Antrag zu Tagesordnungspunkt 9 nicht förderfähig sei, weil es sich um die Förderung eines laufenden Betriebes handle. **Abg. Sievers** wollte wissen, ob mit dem Antragsteller Kontakt aufgenommen wurde. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläuterte, dass der Schulausschuss die Richtlinie für sich beschlossen habe und insbesondere Projekte, die gemeindeübergreifend und sich dem Thema Kinder- und Jugendförde-

rung widmen, seien förderfähig. Er sei durchaus für eine Unterstützung der Antragsteller. Er habe die Unterstützung aber nicht dahingehend verstanden, dass Anträge kreativ durch die Verwaltung umgeschrieben werden sollen, so dass andere Ziele sich dahinter verbergen. Die Richtlinien für die Kunst- und Kulturförderung könne nicht einfach umgangen werden.

Vorsitzende Saathoff wünscht sich eine vielfältige Förderung. Sie bevorzuge die Anträge zu sammeln, um eine Staffelung zu erhalten. Erst dann könne entschieden werden. **Abg. Wolters** führte aus, dass eine Richtlinie erlassen wurde, die es einzuhalten gilt. Wenn die Verwaltung erkennt, dass eine Förderung schwierig ist, sollte dieser Antrag unverzüglich dem Schulausschuss vorgelegt werden. Alle anderen Anträge sollten gesammelt werden. **Abg. Harms** hat die Befürchtung, dass die Richtlinie bereits nach einem halben Jahr bereits mehrfach angebohrt werden soll. Man müsse fair bleiben, wenn ein Antrag nicht förderfähig sei. Dieser Antrag müsse sodann sofort abgelehnt werden. Eine frühe Ablehnung begrüßte **Abg. Dirks**, so dass der Antragsteller noch andere Projekte entwickeln könne. Alle anderen Anträge sollten erst nach dem 31.03.15 entschieden werden, um nach der Wichtigkeit entscheiden zu können.

Abg Sievers stellte den Antrag, Tagesordnungspunkt 9 und 10 zurückzustellen.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erklärte, dass sie die Hilfeleistung bei der Antragstellung durch die Verwaltung nicht als Mauschelei verstanden habe. Ihr gehe es vielmehr darum, dass Antragsteller bereits bei der Einreichung des Projektes eine Rückmeldung in Form einer kurzen Beratung erhalten. Nachdem die Frage von **Abg. Strömer** zur Definition des 31.03. geklärt war, ließ **Vorsitzende Saathoff** über den Antrag von **Abg Sievers** abstimmen.

Bei fünfzehn Nein Stimmen wurde der Antrag von Herrn Sievers abgelehnt.

Im Anschluss ließ **Vorsitzende Saathoff** über Tagesordnungspunkt 9 nach Vorlage abstimmen.

Dem Antrag des Fehnmuseums Eiland e.V. auf Förderung einer Kamera sowie einer zeitlich begrenzten Arbeitskraft zur Einordnung und Dokumentation von Namen, Adressen, Ortssippenbücher, Brandkassenunterlagen etc. wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Antrag im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung: Kunst- Musik-Theaterprojekt der Kunstschule miraculum zum Thema Heimat**
Vorlage: VIII/2015/207

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass mit diesem Projekt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts offensiv vorangeschritten wurde. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass für das Thema Migration alles unternommen werden soll, das Thema positiv in der Öffentlichkeit darzustellen. Ggf. könnten auch andere Förderungsmöglichkeiten bestehen, dies stelle sich aber erst in nächster Zeit heraus. Es

sollen Projekte mit Integrationskonzepten gefördert werden. Folglich würde dieser Antrag nicht zur Entscheidung im Schulausschuss gestellt werden. **Abg. Wolters** empfiehlt auch Vereinen über diese finanzielle Unterstützung zu informieren.

Abg. Terfehr begrüßte Projekte zur Integration. Sobald solche Projekte über andere Töpfe förderfähig seien, sollten diese auch sofort darüber gefördert werden und nicht über die Kunst- und Kulturförderung.

Abg. Terfehr verlässt die Sitzung um 17:00 Uhr.

TOP 11 Vorstellung der Kunstschule Norden

Frau Jakobs präsentiert u.a. anhand eines kurzen Films die Kunstschule Norden (*Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt*).

Vorsitzende Saathoff bedankte sich im Anschluss für die Präsentation. Es werde ein vielfältiges Angebot seitens der Kunstschule Norden vorgehalten. Es sei gut, sich aufgrund des Vertrages, der Ende 2016 ausliefe, in Erinnerung zu bringen. **Frau Jakobs** erläuterte auf Frage von **Abg. Wolters** die Finanzierung der Kunstschule und ergänzte auf die Frage von **Abg. Strömer**, dass verschiedene Töpfe der Finanzierung bestehen. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** fragte an, ob auch ein freiwilliges soziales Jahr bei der Kunstschule absolviert werden könne. **Frau Jakobs** verneinte dies. Es werde lediglich der Bundesfreiwilligendienst angeboten.

TOP 12 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Frau Hohagen würde gerne einen Sachstandsbericht über die Umwandlung der Hermann-Tempel-Gesamtschule in Ihlow zu einer IGS hören. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass Grundlage einer Umwandlung einer Schule die Elternbefragung sei, die zurzeit liefe. Vorangegangen sei ein Beschluss der Gemeinde Ihlow vor zwei Jahren im Bildungsausschuss. Die Gemeinde befürworte eine Umwandlung zur IGS um langfristig eine Schule vor Ort anzubieten. Ggf. sei auch ein Faktor für die Gemeinde die Einrichtung eines Schuleinzugsbereiches. Die Schulträgerschaft soll bei der Gemeinde Ihlow verbleiben. **Frau Eiben** ergänzte, dass auf Dauer eine 3-Zügigkeit mit 72 Schülern nachgewiesen werden müsste. Die Elternbefragung liefe noch bis zum 16.10.2015. Der Ausschuss der Gemeinde Ihlow soll am 21.10.2015 tagen.

Frau Hohagen machte deutlich, dass der Kreiselternrat gegen Schuleinzugsbereiche sei. Sie möchte wissen, ob die Eltern bei der Befragung über die Schuleinzugsbereiche aufgeklärt worden seien und was dies für die Schullandschaft des Landkreises Aurich bedeute.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass es richtig sei, dass auf den Fragebögen diese Frage nicht explizit aufgeführt worden sei. Dennoch wurde diese Thematik ausführlich bei den Informationsabenden thematisiert. Des Weiteren führte er aus, dass viele Faktoren die Schullandschaft beeinflussen würden, die teilweise nicht zu lenken seien, wie der Elternwille.

Vorsitzende Saathoff habe den Eindruck, dass wenig Rücklauf bei den Fragebögen bestehe. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** gab zu bedenken, dass letztendlich die Politik nach Ermittlung der Elternbefragung entscheiden werde. **Abg. Harms** habe nicht den Eindruck, dass der Schuleinzugsbereich ausschlaggebend für die Gemeinde sei. Vielmehr sei die jetzige Schulform in der Entwicklung begrenzt. Dennoch bestehe die Sorge der Eltern, warum die Schule umgewandelt werden müsse. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass das Personal und die Schule gleich blieben. **Frau Hohagen** unterstrich, dass es für die Eltern klar sein müsse, dass die Kinder keine IGS in Aurich mehr besuchen können. Es müsse mit dem Schuleinzugsbereich umsichtig gearbeitet werden. Auch müsse der Schuleinzugsbereich des Landkreises geändert werden, da Ihlow noch berücksichtigt werde. Dies sei eine Aufgabe für den Schulausschusses des Kreises.

Auf die Frage von **Frau Wilts**, antwortete **Frau Eiben**, dass alle Erziehungsberechtigten der Klassen 1 bis 4 befragt werden.

Abg. Strömer fragte an, ob eine Wirtschaftlichkeitsberechnung seitens des Landkreises Aurich durchgeführt worden sei. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** führte hierzu aus, dass die Gemeinde Ihlow die Hoheit über die Umwandlung seiner Schule habe und der Landkreis daher keine Prüfung zur Wirtschaftlichkeit sehe.

Als letztes hat **Herr Schulleiter Quest** auf das Projekt „Gesund leben lernen“ hingewiesen, in dem Schüler, Lehrer und auch der Schulträger beteiligt werden sollen.

TOP 13 **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 14 **Schließung der Sitzung**

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss **Vorsitzende Saathoff** die Sitzung um 17:45 Uhr.

gez. Saathoff
Vorsitzende

gez. Saathoff
Protokollführer